



SFR OSAR



Rumänien

Fläche: 238 390 km²

Bevölkerung: 22,271,900

Hauptstadt: Bukarest

Unabhängigkeit: 9.5.1877 (Unabhängigkeitserklärung gegenüber Türkei)

Nationalfeiertag: 1.12. (Vereinigung von Rumänien und Transylvanien 1918)

Verfassung: Republikanische Verfassung vom 8.12.1991

BSP pro Einwohner: 1710 US\$

Währung: Leu (1 CHF = 21'231 Leu)

Armut: 44.5 % unter Armutsgrenze

Arbeitslosigkeit: 8.3 %

Ressourcen: Braunkohle, Kohle, Salz, Eisenerz, Bauxit, Kupfer, Blei, Zink, Erdöl, Methan.

Landessprachen: Rumänisch (offizielle Amtssprache), Ungarisch, Deutsch.

Religionen: 87 % Rumänisch-orthodox, 6.8 % protestantisch, 5.6 % katholisch (römisch und griechisch), 0.4 % anderes (mehrheitlich muslimisch).

Ethnische Gruppen: 89.5 % Rumänen, 6.6 % Ungaren, 2.5 % Roma, 0.3 % Ukrainer, 0.3 % Deutsche, 0.2 % Russen, 0.2 % Türken, 0.4 % andere (18 nationale Minderheiten anerkannt).

Staatsform: Republik, zentralistisch nach französischem Vorbild. Verwaltung der 41 Departemente durch Präfekte, die von der Regierung eingesetzt werden.

Administrative Einheiten: 41 Bezirke und Hauptstadtbezirk.

Wahlrecht: ab 18 Jahren, Direktwahl des Staatsoberhauptes alle vier Jahre.

Staatsoberhaupt: Ion Iliescu (PSD, 1990-1996 und seit 10. Dezember 2000 auf vier Jahre).

Regierungschef: Adrian Nastase (PSD, seit Dezember 2000).

Parlament: Zweikammerparlament: Abgeordnetenhaus (344 Sitze, davon 19 für Minderheiten reserviert) und Senat (140 Sitze); Wahl ebenfalls alle vier Jahre.

Wahlen: Letzte Parlamentswahlen am 26.11.2000; nächste Parlamentswahlen am 28.11.2004, zweiter Wahlgang für Staatsschef am 12.12.2004.

Parteien: Regierungspartei: Sozialdemokratische Partei PSD (ehemals PDSR – Partei der Sozialdemokratie in Rumänien; Vorsitzender Adrian Nastase; Minderheitsregierung, wird von der Demokratischen Union der Ungarn in Rumänien UDMR parlamentarisch unterstützt. Oppositionsparteien (im Parlament): Gross-Rumänien-Partei PRM (Corneliu Vadim Tudor); National-Liberale Partei PNL (Theodor Stolojan); Demokratische Partei PD (Trajan Basescu); BNS (Blocul National Sindical); CNSLR/ Fratia (Confederatia Nationala a Sindicatelor Libere din România); CS Cartel Alfa (Confederatia Sindicatelor); CSDR (Confederatia Sindicatelor Democrate din România); (jeweils ca. 1 Mio. Mitglieder).

Recht und Gerichtswesen: Basiert auf *französischem* System. *Todesstrafe* wurde 1989 abgeschafft. Vorkehrungen zur Wahrung der *Unabhängigkeit* der Justiz gegenüber der Regierung sind mangelhaft (Trennung von Judikative und Exekutive *gesetzlich* vorhanden, *praktisch* aber nicht), analoges gilt für die Trennung von Legislative und Exekutive (mehr Verordnungen durch die Regierung als Gesetze durch Parlament). In einigen Gefängnissen kommen die *Haftbedingungen* unmenschlicher und erniedrigender Behandlung gleich (Überbelegung von Zellen, ungenügende medizinische Versorgung).

Wehrdienst: Allgemeine Wehrpflicht ab 20 Jahren; Dauer 12 Monate.

Chronik: Am 22.6.2003 stellte der Europäische Rat Rumänien einen *EU-Beitritt für 2007* in Aussicht, wofür sich Rumänien zu weiteren vielfältigen Reformen verpflichtet hat. Nach dem Sturz des *Ceausescu-Regimes* am 22.12.1989 und der Auflösung der bis dahin allein herrschenden "Partidul Comunist Roman" (PCR) sowie der Ansetzung von Wahlen bildete sich eine *Vielzahl von Parteien*.



Quelle: CIA – The World Fact Book 2002



Stärkste politische Kraft wurde die "Frontul Salvării Nationale" (FSN; engl. National Salvation Front), die sich auf den alten Machtapparat der KP stützte, sich damit eine gesicherte Führungsposition verschaffte und unter Ion Iliescu die Regierung übernahm. Sowohl Ion Iliescu als auch die 1996 folgende Regierung von Emil Constantinescu mit der Democratic Convention of Romania CDR (eine politische Organisation, die mehrere Parteien verband) hatten sich einem reformpolitischen Ansatz verpflichtet. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom November 2000 brachten die PSD als Regierungspartei, den Premierminister Adrian Nastase, und (zum zweiten Mal) Ion Iliescu als Präsidenten hervor. Diese Wahlen werden als allgemein fair und frei beschrieben. Rumänien befindet sich seit 1990 in einer *Transformationsphase* – von der ehemaligen Diktatur zu einem demokratischen System und von Planwirtschaft zu Marktwirtschaft – und hat bei der Konsolidierung und Stabilisierung der neuen politischen Institutionen Fortschritte erreicht. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in Regierungsinstitutionen und Politiker litt aber 2002, weil führende Politiker in eine Reihe von *Korruptionsskandalen* verwickelt waren. Die bereits erfolgte Bekämpfung der Korruption ist bisher wirkungslos geblieben. Auch *Beschlussfassungs- und Gesetzgebungsverfahren* müssen noch verbessert werden. Als bedeutende Entwicklung wird die Einleitung eines umfassenden Reformprogramms für die öffentliche *Verwaltung* genannt sowie der *Beschluss* zur Entmilitarisierung der *Polizei*.

Menschenrechtssituation: Trotz eines (bereits angelaufenen) Regierungsprogramms zur Verbesserung der Lage der Roma, ist kein nennenswerter Rückgang von Fällen *exzessiver Gewalt durch Polizeibeamte* – insbesondere gegen Mitglieder der *Roma-Gemeinschaft* – zu beobachten. Unvermindert treffen Berichte ein über Schläge durch die Polizei, die in manchen Fällen Folterungen gleichkamen (mindestens fünf Männer kamen unter umstrittenen Umständen in Haft zu Tode), sowie über Misshandlungen *Minderjähriger* während Verhören auf Polizeistationen. Anklagen gegen verdächtige Beamte werden nur in Ausnahmefällen erhoben. Die Regierung hat fast alle wichtigen internationalen und europäischen Menschenrechtsabkommen ratifiziert, die *Angleichung innerstaatlicher Gesetze* an internationale Menschenrechtsstandards ist jedoch geringfügig. So erlaubt das *neue Gesetz über Organisation und Tätigkeit der Polizei* den Polizeibeamten weiterhin, auf flüchtige Straftatverdächtige zu schießen, selbst wenn von diesen keine Gefahr für das Leben von Menschen ausgeht (mindestens drei Personen wurden dadurch erschossen und mehrere verletzt). Auch bei der Reform des Strafgesetzbuchs blieben weitreichende Einschränkungen des *Rechts auf freie Meinungsäußerung* bestehen (keine Änderung der zwei Paragraphen, welche dieses Recht erheblich einschränken). 2002 sollen mehr als 400 Verfahren gegen JournalistInnen anhängig gewesen sein, die sich kritisch gegen Personen des öffentlichen Lebens oder regionale Behörden geäußert hatten, einige Journalisten wurden schikaniert oder eingeschüchtert. *Religions- und Versammlungsfreiheit* werden weitgehend respektiert und im Bereich des *Kinderschutzes* wurden Fortschritte erzielt (verbesserte Lebensbedingungen in Kinderheimen). *Frauen* haben die gleichen Rechte, werden aber nach wie vor diskriminiert. Ein grosses Problem ist der *Frauenhandel* (da Rumänien sowohl Herkunfts- als auch Transitland für diesen ist). Die Regierung hat 2001 aber ein Gesetz erlassen, welches Menschenhandel verbietet, und versucht die Bevölkerung diesbezüglich zu sensibilisieren.

Situation der Roma: Obwohl die Rechte der ethnischen Minderheiten in der Verfassung besonders geschützt sind und Rumänien ein Antidiskriminierungsgesetz erlassen hat, werden Roma nach wie vor Opfer rassistischer Gewalt von staatlichen (Polizei) und nichtstaatlichen Akteuren (u.a. auch, weil das Gesetz nicht gegen *indirekte* Diskriminierung wirkt). Viele Roma leben getrennt von Nicht-Roma, in verwaorsten Aussenbezirken, in ständiger Angst vor Razzien und Ausweisungen. In vielen alltäglichen Bereichen (medizinische Versorgung, Arbeitssuche etc.) werden Roma direkt diskriminiert und leben in katastrophalen ökonomischen Situationen. Für Roma-Kinder gibt es separate Schulklassen mit tieferem Ausbildungsniveau.

Asylgesuche in der Schweiz: Januar-Dezember 2003: 253 Asylgesuche, 0 Asylgewährungen, 33 Ablehnungen, 158 Nichteintreten, 64 andere Erledigungen, 38 hängig am 31.12.2003.

Quellen: Fischer Weltalmanach 2004; CIA – The World Factbook 2002; Europäische Kommission, Country Report 2003; US State Department, Country Report, 2003; Helsinki Federation for Human Rights IHF, OSCE-Bericht 2003; Amnesty International, Country Report 2003; Freedom in the World, country report 2003; BFF, Asylstatistik 2003